

Orlando Vargas schaut nur für einen Tag in der Firma vorbei. Normalerweise arbeitet er in seiner Wohnung an der Costa del Sol. Für einen deutschen Baumarkt entwickelt der 30 Jahre alte Venezolaner eine App. „Ich liebe den Strand, die Berge dahinter und vor allem Málaga. Hier will ich bleiben“, sagt der Softwarefachmann. Vor dem endlosen Konflikt in Venezuela floh er schon vor einigen Jahren nach Argentinien. Im vergangenen Jahr verschlug es ihn dann nach Andalusien – zu einem deutschen Unternehmer, das sich ebenfalls im Süden Spaniens niedergelassen hat.

Beim Softwareentwickler Rindus, wo Vargas angestellt ist, kommen die gut 160 Mitarbeiter aus 18 Ländern. In seinem Team hat der Venezolaner Kollegen aus der Tschechischen Republik, Italien, Rumänien und Spanien. Ukrainer und Russen arbeiten ebenfalls im Technologiepark am Rand der spanischen Hafenstadt Málaga und zuletzt auch immer mehr Argentinier, Mexikaner und Brasilianer. „Wenn man aus Lateinamerika kommt, kann man sich in Spanien viel leichter eingewöhnen“, sagt Vargas. Die Corona-Pandemie hat das Heer der digitalen Nomaden wachsen lassen, und sie verändern Málaga.

Jahrelang waren es vor allem Sonne und Strand, die Urlauber in Picassos Geburtsstadt an der Mittelmeerküste zogen. Jetzt kommen immer mehr, um zu arbeiten, wo andere Urlaub machen. Und der alte Traum könnte wahr werden, dass sich die Stadt in ein kleines europäisches Silicon Valley verwandelt. Während die meisten anderen spanischen Großstädte Einwohner verlieren, gewinnt Málaga immer mehr Bürger dazu. Gut 50.000 waren es allein zwischen 2020 und Ende 2022 in der gleichnamigen Provinz. Die meisten von ihnen legen sich nicht in die Sonne, sondern haben ihr Homeoffice dort aufgeschlagen.

Am Zaun vor dem Gebäude am Paseo de la Farola prangt schon ein großes G. Am Hafenboulevard, der zum Leuchtturm führt, lässt sich gerade Google nieder. 2012 hatte der Internetkonzern aus Kalifornien das spanische Start-up Virus Total übernommen. Doch sein Gründer machte zur Bedingung: „Ich bleibe in Málaga.“ Google wollte ihn halten und entdeckte das große Angebot an IT-Talenten, das die andalusische Stadt und ihr Hinterland zu bieten hat.

Inzwischen spricht man von einem regelrechten Google-Effekt, denn auch andere Technologieunternehmen wurden auf Málaga aufmerksam, darunter Vodafone, Oracle und die deutsche Dekra. Sie eröffneten Innovations- und Entwicklungszentren. Viele von ihnen, wie auch Rindus, im Technologiepark Málaga Tech. Mehr als 600 Firmen sind es schon in dem grünen Park, der nicht weit vom Flughafen entfernt liegt.

Die IT-Branche redet gerne von einem „Ökosystem“, von gut ausgebildetem Nachwuchs, für den in Málaga die Universität sorgt, und einer Infrastruktur, die ihnen den Start leicht macht. Aber in Málaga ist es mindestens so sehr die mediterrane Lebensqualität – und die Pandemie, die den entscheidenden Schub gab. „Bis zum großen Lockdown im März 2020 arbeiteten mehr als 20.000 Menschen hier. Auf einen Schlag war es gespenstisch leer“, erinnert sich Felipe Romera, der seit 30 Jahren Direktor des 1992 gegründeten Technologieparks ist. Nach einer Phase der Verunsicherung setzte ein Boom ein. „Das Homeoffice brachte für den Park und die Stadt eine neue Zukunft.“

Während der Pandemie arbeiteten alle von zu Hause, und es war egal, wo auf der Welt das war. Viele strömten nach Spanien, auf die Kanaren, wo es auch im Winter mild ist, und an die Costa del Sol:



Die Stadt boomt: Blick auf die Hafen-Promenade Muelle Uno im andalusischen Málaga

Foto Picture Alliance

## Zwischen Google und Picasso

Seit der Pandemie ziehen immer mehr IT-Fachkräfte in die spanische Stadt Málaga. Den Preis zahlen viele der alteingesessenen Einwohner.

Von Hans-Christian Rößler, Málaga

Von Nerja bis nach Estepona reicht die 120 Kilometer lange Küste, westlich und östlich von Málaga. Dazu kommt das Hinterland, wo es sich in den Dörfern noch günstiger leben lässt. Ihre Arbeitgeber zogen den gesuchten IT-Talente in den Süden hinterher. In London oder New York könnten sie mehr verdienen, aber in Andalusien lebt es sich besser und billiger. „Die Unternehmen wollen ihre Mitarbeiter in der Nähe haben, um eine eigene Firmenkultur aufzubauen. Dafür müssen die Mitarbeiter nicht jeden Tag ins Büro kommen. Oft reichen ein, zwei Tage in der Woche“, sagt der Direktor des Technologieparks.

Die Arbeit im Homeoffice führte nicht dazu, dass die Unternehmen ihre Niederlassungen schlossen – das Gegenteil war der Fall, sagt Romera: „Jede Woche erhalten wir Anfragen aus ganz Europa und den USA.“ Heute sind in dem Park 24.000 Menschen beschäftigt, knapp ein Drittel sind Ausländer. In den nächsten Jahren sollen es 50.000 werden. Für mehr als ein Fünftel der Wirtschaftsleistung und der Arbeitsplätze in Málaga kommt der Park auf. In der Stadt sind es noch viel mehr. An den Bushaltestellen im Technologiepark und in der Stadt wirbt schon verzweifelt eine Bank auf Plakaten mit einem Kopfgeld von 10.000 Euro, das dem winkt, der erfolgreich dabei helfen kann, einen Entwickler zu finden. „Wer Englisch und programmieren kann, hat Arbeit“, sagt Romera über den IT-Nachwuchs.

„Die Konkurrenz um die Talente wird härter, aber der Park und die Stadt ziehen Leute aus der ganzen Welt an“, sagt Rolf Zipf, einer der beiden Geschäftsführer von Rindus. Er war auf Durchreise auf Málaga aufmerksam geworden, auf dem Weg zu Kunden in Gibraltar. Seit 2017 ist Rindus im Technologiepark, inzwischen mit fast allen Mitarbeitern. „Wir wollen



Lange Schlangen: Besucher vor dem Picasso-Museum in Málaga

Foto Getty

eine langfristige Beziehung zu unseren Leuten aufbauen. Für den sozialen Zusammenhalt müssen wir sie in der Nähe haben“, sagt Zipf.

Am Firmensitz gibt es keine Büros mit eigenen Schreibtischen und festgelegten

Anwesenheitszeiten. Stattdessen sind es helle hohe „Begegnungsflächen“, die in Anspielung auf das nahe Meer „Wave“, „Ocean“ und „Sunrise“ heißen. Die kleinen Teams, die jeweils für eine Firma arbeiten – darunter ein großes deutsches

Bekleidungs- und eine Drogeriemarktkette –, sollen sich kennen, damit sie von zu Hause besser zusammenarbeiten. In den Technologiepark kommen sie, um gemeinsam Kicker oder Dart zu spielen, einen Kaffee zu trinken oder einen neuen Kollegen zu begrüßen. „Die Leute sind top ausgebildet und bereit, die Ärmel hochzukrempeln, es herrscht ein Geist, wie ich ihn aus Deutschland nicht kenne“, sagt Zipf. Und vor allem: Sie wollen bleiben.

Málaga boomt. 1,3 Millionen Besucher waren es im vergangenen Jahr. Es öffnen immer mehr Fünfsternehotels. Die Gäste gehen nicht nur flanieren, gut essen und baden. Viele kommen wegen Pablo Picasso. Sie steigen die enge Treppe seines Geburtshauses am Rand der Altstadt hinauf und reihen sich geduldig in die lange Schlange vor dem Picasso-Museum. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts half Picasso Málaga dabei, sich als Kulturstadt neu zu erfinden. Im vergangenen Jahr zählte sein Museum mehr als 640.000 Besucher – das sind mehr als die 580.000 Einwohner der Stadt. „Noch vor zwanzig Jahren gab es wenig Gründe, länger in Málaga zu bleiben“, sagt der Museumsdirektor José Lebrero. Das Picasso-Museum war nur der Anfang. Wenig später eröffnete am Hafen unter einem farbigen Glaskubus das Pariser Guggenheim-Museum eine Dependence, es folgten das Thyssen-Museum und das Museum für russische Kunst; mehr als 30 Museen hat die Stadt.

Málaga ist in Mode. Den Preis dafür zahlen viele der alteingesessenen Einwohner. „Die Stadt stößt an die Grenzen ihres Wachstums“, sagt der Journalist Nacho Sánchez. Bezahlbarer Wohnraum sei kaum noch zu finden: „Die Wohnungspreise schnellen durch den Tourismus und den technologischen Auf-

schwung in die Höhe. Die Mieten sind um 20 Prozent gestiegen, das Wohnungsangebot ist klein geblieben“, sagt der Journalist. Im Stadtzentrum gibt es fast 5000 Ferienwohnungen. Internationale Investmentfonds haben begonnen, Hochhäuser zu bauen, deren Höhe bald den Turm der Kathedrale übertreffen wird.

Manche beginnen sich Sorgen zu machen, ob Málaga nicht dabei sei, seine Seele zu verkaufen. Auch Antonio Banderas sieht die Gefahr, dass seine Geburtsstadt „an ihrem Erfolg sterben könnte“. Aber der Hollywood-Schauspieler bleibt zuversichtlich. Die Stadt, in die er vor einigen Jahren aus den USA zurückkehrte, hat nach seiner Ansicht „die Zutaten für ein großartiges Gericht voller Aromen“, sagte er vor Kurzem in einem Interview. Er selbst hat sich dort niedergelassen, ein Theater aufgemacht, betreibt mehrere Lokale und beschäftigt 300 Angestellte.

Im neobarocken Rathaus an der von den Palmen gesäumten Avenida Cervantes scheint die Zeit stehen geblieben zu sein. In den hohen Räumen mit Kopien berühmter Ölbilder, deren Originale im Prado-Museum hängen, hat Francisco de la Torre seit dem Jahr 2000 sein Büro. Der Bürgermeister, der der konservativen Volkspartei PP angehört, kämpft gerade um sein siebtes Mandat. Der Achtzigjährige hat gute Chancen auf eine absolute Mehrheit.

Aber der Kommunalpolitiker hat einen anderen Termin im Blick: Bis Juni entscheidet sich, ob Málaga die Expo 2027 ausrichten wird. Für die Bewerbung reist er durch die Welt, daheim hat er sich als Politiker der alten spanischen Schule einen Namen gemacht – geprägt von der Zeit der „Transición“, als während des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie alle zusammenarbeiteten, egal welcher Partei sie angehörten. „Wir müssen noch mehr in bezahlbare Wohnungen und vor allem Bildung investieren. Qualifizierte Leute verdienen gut“, sagt er zu dem Vorwurf, die Einheimischen könnten sich bald ihre Stadt nicht mehr leisten. Wie sehr es auf die Menschen ankomme und wozu sie in der Lage seien, zeigt für ihn das Beispiel von Google: Das lokale Start-up habe den Konzern nach Málaga gebracht.

Für Francisco de la Torre symbolisiert ein historisches Gebäude, wie eng Kultur und Innovation zusammengehören. Bis kurz nach der Jahrtausendwende war die „Tabacalera“ eine Tabakfabrik. Heute beherbergt der Gebäudekomplex im andalusischen Regionalstil die Sammlung des russischen Museums, ein Auto- und Mode-Museum und den „Polo digital“. Wo ihre Eltern und Großeltern in Fließbandarbeit Zigaretten herstellten, gehen ihre Enkel erste Schritte in die virtuelle Welt.

Das Zentrum für digitale Inhalte ist rund um die Uhr geöffnet und wendet sich gezielt an junge Menschen. Dort entstehen Videospiele für einen globalen Markt, dessen Umsätze schon die Film- und Musikindustrie überholten. Die alte Tabakfabrik leistet vor allem Starthilfe, mehr als 6000 Nachwuchskräfte besuchen schon die Kurse, mehr als 300 Start-up-Firmen entstanden. Inzwischen kann man auch einen „Master“ für Videospiele machen. Was in der Tabacalera gelernt wird, ist auch draußen im Technologiepark gefragt.

Die virtuelle Welt ist längst in der Altstadt angekommen. Nur ein paar Schritte vom Picasso-Museum entfernt eröffnete Ende Januar „Oxo“. Früher beherbergte das Gebäude das Stierkampf-Museum, heute das erste Museum für Videospiele in Europa. Seine Gründer sind sich sicher, dass es bei den Besucherzahlen schon in diesem Jahr die Nummer zwei hinter dem Picasso-Museum werden wird.

## EU-Parlament verschärft Kurs Verhandlungsmandate zur Asylreform beschlossen

T.G. BRÜSSEL. Der Innenausschuss des Europäischen Parlaments hat am Dienstag nach jahrelangen Verhandlungen seine Position zur Reform des europäischen Asylsystems festgelegt. Das betrifft das „Screening“ von Antragstellern an der Außengrenze, die Einführung von Schnellverfahren sowie eines Solidaritäts- und Krisenmechanismus, mit dem Staaten entlastet werden, wenn ihr Asylsystem unter Druck gerät. Die Verhandlungsmandate zu insgesamt vier Verordnungen müssen im April noch vom gesamten Parlament bestätigt werden. Da sie von einer breiten Mehrheit aus Christdemokraten, Sozialdemokraten und Liberalen getragen werden, ist das aber nur eine Formalie. Anschließend können erste Verhandlungen mit dem Rat beginnen, der allerdings seine Position zum umstrittensten Teil – der Verteilung von Asylbewerbern – bisher nicht festgelegt hat.

Der Ausschuss billigte, gegen die Stimmen von Grünen und Linken, einen Mechanismus zur Beschleunigung von Asylverfahren. Künftig soll in einem ersten Schritt festgestellt werden, wer aufgrund seines Herkunftslandes nur geringe Chancen auf Anerkennung hat oder gefälschte Papiere vorlegt. Diese Personen können für zwölf Wochen in Haft genommen werden, während ihrer ihr Anspruch ermittelt werden soll, einschließlich einer gerichtlichen Überprüfung. Bei einer Ablehnung sollen sie binnen weiterer drei Monate zurückgeführt werden. Familien mit Kindern unter zwölf Jah-

ren und unbegleitete Kinder sind davon ausgenommen. Damit verschärft das Parlament seine bisherige Haltung deutlich. Allerdings soll es den Staaten überlassen bleiben, ob sie das Grenzverfahren anwenden. Im Rat ist das umstritten, Deutschland und andere von Sekundärbewegungen betroffene Staaten dringen darauf, dass es verpflichtend wird.

Beim Solidaritätsmechanismus folgten die Abgeordneten dem komplizierten, von der Kommission im September 2020 präsentierten Verfahren, das mehrere Stufen der flexiblen Hilfe und erst am Ende eine Pflicht zur Übernahme von Antragstellern vorsieht. Eine wichtige Innovation lehnte der Ausschuss jedoch ab: die sogenannten Rückführungspartnerschaften, bei denen sich Staaten verpflichten sollen, abgelehnte Bewerber zurückzuführen. Gelingt ihnen das in einer bestimmten Frist nicht, so der Kommissionsvorschlag, müssen sie die Betroffenen bei sich aufnehmen. Diese Regelung soll Ungarn und andere Staaten, die gegen Umsiedlungen sind, dazu bringen, ihren Beitrag zur Lastenteilung zu leisten.

Ebenfalls am Dienstag lehnte es der Haushaltsausschuss des Parlaments mit einer linken Mehrheit ab, künftig „Zäune oder Mauern“ aus dem EU-Budget zu finanzieren. Die Mitgliedstaaten hatten sich im Februar dafür ausgesprochen, solche Mittel für „Grenzinfrastruktur“ aufzuwenden. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nannte als Beispiel „Wachtürme“, der Ausschuss schließt das nicht ausdrücklich aus.

## Neuseeland prüft Kooperation Technologieaustausch mit AUKUS-Bündnis erwogen

fäh. SINGAPUR. Neuseeland erwägt eine Kooperation mit dem trilateralen AUKUS-Sicherheitsbündnis der USA, Australiens und Großbritanniens. Aufgrund der streng antinuklearen ausgerichteten Politik Neuseelands würde dies aber nicht den Teil des Pakts betreffen, der Australien den Zugang zu atombetriebenen U-Booten verschafft, wie Neuseelands Verteidigungsminister Andrew Little am Dienstag bestätigte. Stattdessen gehe es um eine Teilnahme an dem weniger bekannten zweiten Strang der Zusammenarbeit, der den Austausch militärisch nutzbarer Technologien wie etwa im Bereich der künstlichen Intelligenz und der Cybersicherheit ermöglicht.

Neuseeland sei angeboten worden, über die Teilnahme an dieser „zweiten Säule“ des Pakts zu sprechen, sagte Little laut der Nachrichtenagentur Bloomberg. „Ich habe zu erkennen gegeben, dass wir bereit sind, dies zu sondieren. Weiter ist es noch nicht gediehen“, sagte der Minister.

Zuvor hatte schon Ministerpräsident Chris Hipkins kategorisch ausgeschlossen, dass sich Neuseeland an dem U-Boot-Programm des Dreiländerpakts beteiligen würde. Unter diesem Programm bekommt Australien als zweites Land neben Großbritannien Zugang zu amerikanischer Technologie für atombetriebene U-Boote. Obwohl Atomwaffen explizit nicht Teil der Sicherheitskooperation sind, hat das AUKUS-Bündnis im Südpazifik Sorgen über eine mögliche Verbreitung von Nukleartechnologie und atomwaffenfähigem Material

geweckt. So haben Neuseeland und einige weitere südpazifische Inselstaaten Befürchtungen geäußert, dass der Rarotonga-Vertrag aus dem Jahr 1985, der das Testen, das Stationieren, den Besitz und die Herstellung von Kernwaffen im Südpazifik untersagt, aufgebrochen werden könnte.

Diese Bedenken hat Australien, das wie Neuseeland zu den Vertragspartnern gehört, bereits zurückgewiesen. Zudem hatte auch die Regierung der damaligen Ministerpräsidentin Jacinda Ardern den AUKUS-Pakt bei seiner Verkündung im September 2021 vorsichtig begrüßt. Neuseeland kooperiert auch schon im angelsächsischen Geheimdienstbündnis „Five Eyes“ eng mit den drei Bündnispartnern. Dennoch hat die Kritik an den AUKUS-Plänen in Neuseeland wie auch in Australien selbst zugenommen. Die ehemalige neuseeländische Ministerpräsidentin Helen Clark schrieb auf Twitter, eine Kooperation mit AUKUS widerspreche Neuseelands „unabhängiger Außenpolitik“.

Bis in die Achtzigerjahre hatte Neuseeland im Rahmen des ANZUS-Pakt mit den USA und Australien zusammengearbeitet. Nachdem Neuseelands Regierung das Land zur nuklearfreien Zone erklärte und atombetriebene und mit Atomwaffen bestückten Schiffen und U-Booten das Anlaufen seiner Häfen verboten hatte, war es aus dem Bündnis ausgeschieden. Australien und die Vereinigten Staaten hatten ihre Kooperation unter demselben Namen danach allein weitergeführt.

## Kim will mehr Atomwaffen Nordkorea soll Produktion „exponentiell“ steigern

Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un hat die Atomwissenschaftler seines Landes aufgefordert, die Produktion von waffenfähigem Spaltmaterial „exponentiell zu steigern und die weitere Produktion mächtiger Atomwaffen voranzutreiben“. Die Staatsmedien zitierten Kim am Dienstag außerdem, Nordkorea müsse „einwandfrei darauf vorbereitet sein, Atomwaffen jederzeit und überall einzusetzen“. Fotos eines Treffens mit Wissenschaftlern und Militärs im nordkoreanischen Atomwaffeninstitut zeigten Kim neben verschiedenen kleineren Gefechtskörpern.

Berichten zufolge soll es sich dabei um taktische nukleare Sprengköpfe namens „Hwasan-31“ handeln. Westliche Beobachter des nordkoreanischen Atomprogramms deuteten dies als Hinweis auf Fortschritte in der Herstellung verkleinerter Sprengköpfe, die auf Atomraketen montiert werden könnten. Nordkorea behauptet seit Längerem, taktische Nuklearwaffen zu besitzen, ist Belege aber bislang schuldig geblieben.

Nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur KCNA sei Kim zudem über ein IT-basiertes integriertes Atomwaffen-Managementsystem namens „Haekbangshoe“ informiert worden, dessen Zuverlässigkeit „in der jüngsten kombinierten taktischen Übung zur Simulation eines nuklearen Gegenangriffs streng geprüft“ worden sei.

Regime bereits eine ballistische Interkontinentalrakete abgefeuert, die auch in der Lage gewesen wäre, amerikanisches Festland zu erreichen. Kurz zuvor hatten Amerika und Südkorea mit ihrem größten gemeinsamen Militärmanöver seit Jahren begonnen. Am Freitag hat Nordkorea eine erstmals der Öffentlichkeit präsentierte Unterwasserdrohne getestet, die laut nordkoreanischen Angaben mit einem Atomsprenkopf bestückt werden könne. Am Montag schoss das Regime dann noch zwei ballistische Kurzstreckenraketen ab.

Dies erklärt Pjongjäng auch als Reaktion auf die Entsendung des amerikanischen Flugzeugträgers „Nimitz“ in die Region. Die Kampfgruppe des Flugzeugträgers nahm am Montag an gemeinsamen Seeübungen mit südkoreanischen Kriegsschiffen in internationalen Gewässern südlich der koreanischen Halbinsel teil, in denen auch Angriffe auf Nordkorea simuliert werden. Nordkorea scheint insbesondere durch seine Raketenstarts unter See zu signalisieren, dass es nun die Fähigkeit habe, nach einem Angriff zurückzuschlagen. Diplomatische Verhandlungen stecken nunmehr seit Jahren fest.

Die Zunahme von Simulationen mit potentiellen Nuklearwaffen nährt Befürchtungen, Nordkorea könne in der näheren Zukunft einen weiteren Atomwaffentest durchführen, möglicherweise mit den nun ausgestellten Sprengköpfen. Den bislang letzten Atomtest unternahm das Regime im Jahr 2017. stah.